

**Bericht**  
**der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten**  
**betreffend Südtirol**  
**Autonomieentwicklung seit 2000**

**Allgemeines**

Aufgrund der heute bestehenden politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann der Bestand der österreichischen Minderheit in Südtirol als gesichert angesehen werden. Seit dem Paketabschluss 1992 hat sich die Südtirol-Autonomie insgesamt positiv weiterentwickelt.

Sichtbaren Ausdruck fand dies beim Festakt aus Anlass des zehnten Jahrestages von Paketabschluss und Streitbeilegung 1992 am 11. Juni 2002 in Wien. An dieser symbolträchtigen Veranstaltung nahmen neben dem italienischen Europaminister Buttiglione und dem Generalsekretär des Europarates, Schwimmer, sowie weiteren zahlreichen österreichischen Politikern auch die Landeshauptleute von Tirol, Südtirol und Trentino sowie die gesamte Führung der Südtiroler Volkspartei und viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Südtirol teil. Am 12. Juni gab Bundesministerin Ferrero-Waldner im Nationalrat eine Erklärung zu Südtirol ab, an die sich eine Debatte anschloss.

Die wirtschaftlichen und sozialen Eckdaten Südtirols sind exzellent: Mit 2,2% Arbeitslosigkeit herrscht Vollbeschäftigung. Die regelmäßig vom italienischen statistischen Zentralamt durchgeführten Vergleiche der Regionen bzw. Provinzen Italiens weisen Südtirol in puncto Lebensqualität, Sicherheit und Wirtschaftsentwicklung stets an erster Stelle aus. Der Landeshaushalt 2003 weist die beachtliche Größe von ca. 3,3 Mrd Euro auf.

Österreich steht in Ausübung seiner Schutzfunktion für die österreichische Volksgruppe in Südtirol in ständigem Kontakt mit den politischen Vertretern derselben. Dabei betonen die Südtiroler immer wieder, wie wichtig es für Südtirol gerade in einer für die Autonomieentwicklung schwierigeren Situation ist, sich auf die Schutzmacht Österreich verlassen zu können. Österreich lässt keinen Zweifel daran, dass die Schutzfunktion selbstverständlich voll aufrecht ist und bleibt. Darüber besteht ein politischer Konsens aller im österreichischen Nationalrat vertretenen Parteien.

**Autonomieentwicklung/Italien - Innenpolitik**

Am 13. Mai 2001 fanden in Italien Parlamentswahlen statt, bei denen die SVP erstmals mit einem italienischen Kandidaten (der Mitte-Links Koalition) auf einem gemeinsamen Listenplatz antrat. Dadurch konnte sie alle sieben in Südtirol direkt vergebenen Mandate gewinnen. Auf nationaler Ebene hingegen löste die Mitte-

Rechts Koalition Silvio Berlusconis die frühere Mitte-Links Regierung ab, der im Wahlkreis Bozen dem SVP-Mitte-Links Kandidaten unterlegene Franco Frattini wurde im Sommer 2002 italienischer Außenminister.

War die Entwicklung der Autonomie bis Mai 2001 aufgrund des erfolgreichen Agierens der politischen Vertreter Südtirols in Rom sowie einer insgesamt sehr autonomiefreundlichen Haltung der früheren Regierungen durch eine Phase des dynamischen Ausbaus gekennzeichnet, so verlagerte sich seither das Hauptinteresse Südtirols auf die Erhaltung und Konsolidierung des Status quo.

#### **Italienische Verfassungsreform:**

2001 traten zwei Föderalismusreformen der italienischen Verfassung in Kraft, die zu einer Stärkung der Autonomie führten: so fand u.a. erstmals die deutsche Bezeichnung „Südtirol“ Eingang in die italienische Verfassung, weiters wurden die beiden Provinzen Südtirol und Trentino gegenüber der Region aufgewertet und es erfolgte eine Stärkung der Rechte der ladinischen Volksgruppe.

Mit der ersten der beiden Reformen wurde auch das erste Mal seit Paketabschluss und Streitbeilegung 1992 das Autonomiestatut abgeändert. Einer entsprechenden Einbindung Österreichs kam daher politische Bedeutung zu. Eine offizielle Befassung durch Italien erfolgte im Oktober 2000 durch ein Schreiben des damaligen italienischen Außenministers Dini an Bundesministerin Ferrero-Waldner, und zwar unter ausdrücklichem Hinweis auf den internationalen Charakter des Pakets.

#### **Ansässigkeitsklausel:**

Gleichzeitig mit der offiziellen Notifikation der Verfassungsreform informierte Außenminister Dini in seinem Schreiben vom Oktober 2000 Bundesministerin Ferrero-Waldner davon, dass die italienische Regierung durch eine Parlamentsresolution aufgefordert wurde, eine Änderung der Paketmaßnahme 50 herbeizuführen. Es geht dabei um das Erfordernis der 4-jährigen Ansässigkeit zwecks Teilnahme an Regional- und Gemeindewahlen in Südtirol.

In weiterer Folge konnte jedoch zwischen Bozen und Rom keine Einigung über die Modalitäten einer allfälligen Herabsetzung der vierjährigen Frist erzielt werden. Italien hat die Frage der Ansässigkeit gegenüber Österreich seither nicht mehr aufgebracht. Es ist hingegen bedeutungsvoll, dass Außenminister Dini in einem Schreiben an Bundesministerin Ferrero-Waldner vom Mai 2001 die Behandlung von Fragen betreffend die deutschsprachige Minderheit in Südtirol als „wichtigen Aspekt der bilateralen Beziehungen“ bezeichnet hat: Er bekundete weiters die Absicht, dass Italien in diesem Bereich weiterhin im Geiste des Einvernehmens und in voller Zusammenarbeit mit der Wiener Regierung vorgehen wolle.

#### **Volkszählung / Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung:**

Die italienische Volkszählung im Herbst 2001, mit der in Südtirol auch die Zugehörigkeit der Bewohner zu einer der drei Sprachgruppen erhoben wird, hat ergeben, dass der Anteil der deutschsprachigen Gruppe in Südtirol mit 69,15% um 1,16 Prozentpunkte zugenommen hat, wohingegen jener der italienischsprachigen um 1,18% weiter abgenommen hat (26,47%).

Im Vorfeld der Volkszählung wurde von Südtiroler Gruppen versucht, die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung, die eine wesentliche Voraussetzung für die korrekte Anwendung des ethnischen Proporz in Südtirol und damit für die gesamte Autonomie darstellt, mit juristischen Mitteln zu bekämpfen. Konkret wurde ein Verfahren beim Landesgericht Bozen anhängig gemacht, das auf die Aussetzung bzw. Abänderung der Sprachgruppenerhebung abzielte. Der Antrag wurde jedoch vom Gericht vollinhaltlich abgewiesen. Weiters wurde eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission eingebracht, in welcher die Unvereinbarkeit der geltenden Autonomie-Bestimmungen mit EU-Normen behauptet wurde.

Im Rahmen des Europarats hat der Beratende Ausschuss des Europäischen Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten ein Gutachten zum italienischen Staatenbericht verfasst, in welchem auf angebliche Unvereinbarkeiten der geltenden Bestimmungen zur Sprachgruppenerhebung mit Bestimmungen des Rahmenübereinkommens verwiesen wurde. Österreich wurde i.G. von Südtirol als Schutzmacht befasst und bemühte sich erfolgreich, in enger Kooperation mit Südtirol sowie mit den zuständigen Ressorts in Rom, aber auch durch Kontakte in Straßburg und Brüssel, negativen Entwicklungen Einhalt zu gebieten. Der Europarat hat in einer abschließenden Resolution sodann die Bedeutung des Proporzsystems für das friedliche Zusammenleben der Sprachgruppen in Südtirol sogar ausdrücklich hervorgehoben.

#### **Toponomastik**

LH Durnwalder hat dem Südtiroler Landtag im Februar 2000 einen Kompromissvorschlag zur Regelung der Toponomastikfrage (Ortsnamen) vorgelegt, über den bisher keine Einigung erzielt werden konnte. Der Vorschlag, der die faschistischen Tolomei-Dekrete aus den 20er Jahren ersetzen soll, sieht die Festlegung von 609 zweisprachigen Bezeichnungen (bzw. dreisprachig in den ladinischen Tälern) per Landesgesetz vor. Die restlichen offiziellen Bezeichnungen sollen auf Gemeindeebene festgelegt werden, wobei offen bleibt, ob sie ein- oder doppelsprachig sein können. Die italienischen Parteien beharren auf der Beibehaltung der italienischen Bezeichnungen und verweisen auf die Zweisprachigkeitspflicht im Pariser Vertrag und im Autonomiestatut.

Überdies wurde zwischen Landeshauptmann Durnwalder und dem italienischen Regionenminister La Loggia die Einsetzung einer paritätischen Kommission vereinbart, die ebenfalls Lösungsvorschläge ausarbeiten soll. Eine Lösung ist frühestens für die neue Legislaturperiode, d.h. ab 2004, zu erwarten.

#### **Referendum zur Rückbenennung des Friedensplatzes in Siegesplatz**

Im Dezember 2001 beschloss die von der SVP unterstützte Stadtregierung Bozens unter Bürgermeister Giovanni Salghetti-Drioli die Umbenennung des „Siegesplatzes“ in „Friedensplatz“. Damit sollte der seit Jahren andauernde Konflikt um den Platz und das darauf befindliche faschistische Siegesdenkmal entschärft werden. Daraufhin initiierte eine postfaschistische Splitterpartei mit Unterstützung von Alleanza Nazionale ein Referendum über die Rückbenennung in „Siegesplatz“. Bei dem am 6. Oktober 2002 in Bozen abgehaltenen Referendum haben sich sodann 61,94 Prozent der Wahlbeteiligten für die Wiedereinführung des Namens „Siegesplatz“ und nur 38,06 Prozent für die Beibehaltung der Bezeichnung „Friedensplatz“ ausgesprochen. Die im Umfeld des Referendums betriebene politische Agitation der Unterstützer des Referendums drohte kurzzeitig alte Wunden zwischen den Sprachgruppen

aufzureißen. Nicht zuletzt dank der besonnenen und zurückhaltenden Reaktion der SVP flaute die Diskussion in Folge weitestgehend ab.

#### **Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino:**

Der Dreier-Landtag der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino trat am 24. Mai 2000 in Innsbruck und am 29. Mai 2002 in Riva del Garda zur Erörterung aktueller Fragen der Zusammenarbeit im Rahmen der Region zusammen.

Im Jahr 2000 nahmen Tirol, Südtirol und Trentino erstmals im Rahmen der Europaregion in Hannover an einer Weltausstellung mit einem gemeinsamen Projekt teil: Diese gemeinsame Präsentation sowie die gemeinsame Landesausstellung unter dem Motto „circa 1500“ waren besonders eindrucksvolle Beispiele erfolgreicher konkreter Zusammenarbeit in der Europaregion.

Am 26. Jänner 2001 unterzeichneten die drei Landeshauptleute die Alpendeclaration der Europaregion, die gemeinsame Zielsetzungen in den Bereichen Landwirtschaft, Naturschutz, Tourismus, Verkehr, Wirtschaft und Kultur festschreibt.

Österreich unterstützt die Europaregion Tirol ebenso wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im allgemeinen mit Nachdruck. Die bisher deutlichste Unterstützung durch Italien erfuhr die Euregio, als der italienische Staatspräsident Ciampi im Rahmen eines offiziellen Besuches in Südtirol im Juli 2001 zu einem Gespräch mit den Landeshauptleuten Südtirols und des Trentino, Durnwalder und Dellai, auch den Tiroler Landeshauptmann Weingartner einlud.

#### **Universität Bozen/Studientitel:**

Am 1. März 2001 trat ein Notenwechsel über die gegenseitige Anerkennung der akademischen Grade und Titel zwischen Österreich und Italien in Kraft, der für die etwa 5.000 in Österreich studierenden Südtiroler insbesondere eine schnellere Anerkennung in Italien ermöglicht und einen zusätzlichen Ansporn darstellt, in Österreich zu studieren.

Durch die zwischenzeitlich in Österreich und Italien eingeführte weitgehende Autonomie der Universitäten im Rahmen der Reform des jeweiligen Studienrechts wurde jedoch ein neues bilaterale Abkommen zur Anerkennung akademischer Titel und Grade notwendig. Am 22. und 23. Mai 2003 fanden darüber in Wien Verhandlungen mit Italien statt, bei denen Konsens über den Entwurf eines neuen Notenwechsels erzielt werden konnte.

An der Freien Universität Bozen und ihren Zweigstellen in Brixen und Bruneck sind an den vier Fakultäten sowie in einem Laureatsstudiengang derzeit insgesamt ca. 2000 Hörer inskribiert. Die Universität Bozen besitzt seit September 1999 die Befugnis, österreichische Studientitel anzuerkennen. Die Universität Innsbruck bleibt weiterhin Landesuniversität der Südtiroler, was in der Präsenz eines Vertreters der Universität Innsbruck im Universitätsrat Bozen sichtbaren Ausdruck findet.